Dimension sowie weitere bilaterale und multilaterale Bemühungen zur Förderung der Lösung einschlägiger Fragen.

Sie beschließen, diese und andere Vorschläge, die den Mechanismus der menschlichen Dimension stärken sollen, in späteren einschlägigen KSZE-Foren eingehend weiter zu erörtern und zu erwägen, im Zuge der weiteren Entwicklung des KSZE-Prozesses geeignete neue Maßnahmen anzunehmen. Sie stimmen darin überein, daß diese Maßnahmen dazu beitragen sollten, weitere spürbare Fortschritte zu erzielen und Konfliktverhütung und Vertrauen im Bereich der menschlichen Dimension der KSZE zu fördern.

44. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung Dänemarks ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation des Kopenhagener Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.
45. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen betreffend die Konferenz über die Menschlichen Dimensionen der KSZE des Abschließenden Dokuments des Wiener Folgetreffens der KSZE wird das dritte Treffen der Konferenz vom 10. September bis 4. Oktober 1991 in Moskau stattfinden.

Margaret Thatchers Expertenseminar über den deutschen Nationalcharakter

Vertrauliches Memorandum über ein Seminar der britischen Regierungsspitze mit internationalen Deutschlandexperten zum Umgang mit den Deutschen, veranstaltet am 24. März 1990 in Chequers

In seiner Ausgabe vom 14. Juli 1990 berichtete das konservative britische Wochenmagazin „The Spectator“ über ein Gespräch mit Margaret Thatchers Handelsminister Ridley, dessen drastische Warnungen vor deutschen Vorherrschaftsambitionen in Europa den Rücktritt des Ministers nach sich zogen. Deutschland plane, so Ridley mit Blick auf die Europäische Währungsunion, „ganz Europa zu übernehmen. Das muß durchkreuzt werden. Diese hektische Übernahme durch die Deutschen auf der denkbar schlimmsten Grundlage, wobei die Franzosen sich wie die Pudel der Deutschen aufführen, ist absolut unannehmbar“. (S. 8, übers. d. Red.)

Am gleichen Wochenende gelangte der Wortlaut eines vertraulichen Memorandums an die Öffentlichkeit, das der Privatsekretär und außenpolitische Chefberater der Premierministerin, Charles Powell, zu Papier gebracht hatte. (Abgedruckt in „The Independent on Sunday“, London, 15. 7. 1990, S. 19) Wir dokumentieren nachstehend den authentischen Text des Memorandums in eigener Übersetzung. Powell faßt darin die Ergebnisse eines Seminars über den Umgang mit den — wieder zur Großmacht avancierenden — Deutschen zusammen (Tenor: „Seid — vorsichtshalber; d. Red. - nett zu den Deutschen“), zu dem Margaret Thatcher am 24. März d. J. Außenminister Hurd und international so renommierte Deutschland-Experten wie Gordon Craig und Fritz Stern (beide USA), Hugh Trevor-Roper, Norman Stone und Timothy Garton Ash in ihre Residenz Chequers eingeladen hatte. Die Aufzeichnung Powells macht - auch wenn einige der Experten nach ihrem Bekanntwerden den Tenor kritisierten - deutlich, daß die Warnungen von Handelsminister Ridley, einem engen Vertrauten der Regierungschefin, kaum als Privatmeinung eines Außenseiters abgetan werden können. D. Red.

Einleitung

Die Premierministerin sagte, Europa habe das Ende der Nachkriegsperiode erreicht. Wichtige Entscheidungen und Abwägungen, seine Zukunft betreffend, lägen vor uns. Sie selbst werde in den nächsten Wochen mehrere ausschlaggebende Begegnungen mit Präsident Bush, Präsident Gorbatschow und Kanzler Kohl haben. Ferner stehe ein außerordentliches Gipfeltreffen der EG bevor. Überall werde die deutsche Vereinigung das Hauptthema sein. Wir müßten zu einer Einschätzung darüber gelangen, wie ein vereintes Deutschland beschaffen sein werde. Man könne

Dokumente zum Zeitgeschehen

sich von der Geschichte leiten lassen, aber nicht einfach nur extrapolieren. Außerdem müßten wir einen Rahmen für Europas Zukunft entwerfen, der die Vereinigung Deutschlands und die weitreichenden Veränderungen in der Sowjetunion und Osteuropa berücksichtige. Sie werde die Weisheit und den Rat der Anwesenden zu schätzen wissen.

Wer sind die Deutschen?

Zu Beginn sprachen wir über die Deutschen selbst und ihre Eigenschaften. Wie andere Nationen auch hätten sie spezifische Eigenarten, die man aus ihrer Vergangenheit her kennen und für die Zukunft wieder erwarten könne. Es war einfacher - und im gegebenen Gesprächszusammenhang naheliegend -, sich die weniger glücklichen Charakteristika zu vergegenwärtigen: ihre mangelnde Empfänglichkeit für die Gefühle anderer (besonders auffallend in ihrem Verhalten hinsichtlich der polnischen Grenze), ihre extreme Selbstbezogenheit, eine starke Neigung zum Selbstmitleid und die Sehnsucht, geliebt zu werden. Es wurden sogar noch weniger schmeichelhafte Eigenschaften zum bleibenden Bestand des deutschen Charakters gezählt - in (auf englisch, d. Red.) alphabetischer Reihenfolge: *Angst* (deutsch, d. Red.), Aggressivität, Anmaßung, Rücksichtslosigkeit, Egoismus, Minderwertigkeitskomplexe und Sentimentalität. Als Gründe, sich über die Zukunft Sorgen zu machen, wurden ferner die beiden folgenden Seiten des deutschen Charakters erwähnt. Erstens ein Hang zum Exzeß, zur Übertreibung, dazu, über die Stränge zu schlagen. Zweitens eine Tendenz, die eigenen Stärken und Fähigkeiten zu überschätzen. Als ein Beispiel hierfür, das die nachfolgende Geschichte Deutschlands stark beeinflußt habe, wurde die Überzeugung der Deutschen genannt, ihr Sieg über Frankreich 1870 sei aus einer tiefreichenden moralischen und kulturellen Überlegenheit erwachsen, nicht etwa - wie in der Realität - aus einem bescheidenen Vorsprung in der Militärtechnik.

Haben die Deutschen sich gewandelt?

So angebracht es war, sich all diese Merkmale vor Augen zu führen, so gab es doch auch eine starke Schule unter den Anwesenden, die den Gedanken verfocht, die heutigen Deutschen seien von ihren Vorfahren sehr verschieden. Unsere Grundeinschätzung der Deutschen, wurde gesagt, beziehe sich auf den Abschnitt deutscher Geschichte, der von Bismarck bis 1945 reiche. Das war die imperiale Phase Deutschlands, gekennzeichnet durch neurotische Anmaßung, eine hohe Geburtenrate, eine abgeschottete Wirtschaft und eine chauvinistische Kultur. Die Niederlage von 1918 hatte wenig Einfluß darauf, wurde sie doch in Deutschland als ungerecht angesehen. Die deutschen Einstellungen, das deutsche Bildungswesen, die deutsche Geschichtsschreibung, sie alle überdauerten 1918 praktisch unverändert, ebenso wie das Gefühl einer geschichtlichen Sendung Deutschlands (weshalb die deutsche Aristokratie Hitler unterstützt habe, obwohl sie ihn vulgär fand). Aber 1945 war etwas ganz anderes, dieses Jahr steht für einen tiefgreifenden Wandel. Es gab kein geschichtliches Sendungsbewußtsein mehr, keine Ambitionen auf gewaltsame Eroberungen, keinen Militarismus. Bildung und Geschichtsschreibung hätten sich gewandelt. Die neue Generation der Deutschen sei an der Vergangenheit unschuldig und trete ihr unbefangen gegenüber. Wir müßten uns keine ernsthaften Sorgen über sie machen.

Diese Auffassung fand keine ungeteilte Zustimmung. Man müsse immer noch fragen, wie eine hochzivilisierte Nation die Art von Gehirnwäsche habe hinnehmen können, die sie in die Barbarei stürzte. Wenn dies einmal geschehen sei, könne es nicht erneut geschehen? Die Besorgnis über Deutschland beschränke sich nicht auf die Nazizeit, sie gelte der ganzen Nach-Bismarck-Ära und müsse unweigerlich tiefes Mißtrauen auslösen. Die Art, wie die Deutschen gegenwärtig von ihren Ellenbogen Gebrauch machten und ihr Gewicht in der Europäischen Gemeinschaft ausspielten, lege die Vermutung nahe, das vieles sich immer noch nicht geändert habe. Zwar bewunderten, ja beneideten wir alle, was die Deutschen in den letzten 45 Jahren erreicht hätten. Tatsache sei aber auch, daß ihre Institutionen bisher noch keiner ernsthaften Belastungsprobe ausgesetzt waren, etwa einer großen wirtschaftlichen Krise. Wir könnten nicht vorhersagen, wie die Deutschen unter solchen Umständen reagieren würden. Zusammenfassend gesagt: Niemand hatte ernsthafte Befürchtungen hinsichtlich der derzeitigen Führer oder der gegenwärtigen politischen Elite Deutschlands. Aber wie würde es in 10, 15 oder 20 Jahren aussehen? Könnten einige der unglückseligen Merkmale der Vergangenheit erneut in Erscheinung treten und ähnlich zerstörerische Folgen zeitigen?

Welche Folgen hat die Wiedervereinigung?

Zwei spezifische Aspekte der Zukunft unterzogen wir einer näheren Betrachtung: Die Folgen der Vereinigung und Deutschlands Rolle in Osteuropa.

Selbst die, die am meisten geneigt waren, sich auf die erfreulichen Seiten zu konzentrieren, räumten gewisse Zweifel darüber ein, wie die Vereinigung das Verhalten der Deutschen in Europa beeinflussen werde. Wir könnten nicht erwarten, daß ein vereinigtes Deutschland exakt so denken und handeln werde wie die Bundesrepublik, die wir in den vergangenen 45 Jahren kennengelernt haben. Und dies, obwohl ein vereintes Deutschland so gut wie sicher die Institutionen der BRD erben werde. Die Deutschen würden nicht notwendigerweise gefährlicher, aber anders denken. Schon falle eine Art Triumphalismus an deutschen Denk- und Verhaltensweisen auf, der uns und alle anderen mit Unbehagen erfüllen müsse. Auch Günter Grass wurde zitiert: Die Wiedervereinigung wird schließlich alle gegen uns aufbringen, und wir wissen alle, was passiert, wenn man gegen uns ist.

Es gab auch Gründe, sich darüber Sorgen zu machen, welche Folgen es für den Charakter eines vereinten Deutschlands haben wird, daß 17 Millionen vorwiegend protestantische Norddeutsche hinzukommen, die unter einer verlogenen Orthodoxie aufgewachsen sind. Wie würde dies die im wesentlichen rheinisch-katholische Basis der Nachkriegs-BRD verändern, deren politische und ökonomische Gravitationszentren zunehmend im Süden und Westen lagen? Wir könnten nicht von der Annahme ausgehen, daß ein vereintes Deutschland sich ebenso bequem in Westeuropa einfügen lasse wie die BRD. Die Neigung werde wachsen, die *Mittel-Europa* (deutsch, d. Red.)-Konzeption wieder auferstehen zu lassen, in der Deutschland die Rolle eines Maklers zwischen Ost und West spielt. Es verdiene festgehalten zu werden, daß Kanzler Kohl neuerdings von Deutschlands Partnern in Ost und West spreche. (. . .)

Diese Tendenz könne durch die Auswirkungen der Vereinigung auf das deutsche Parteiensystem verstärkt werden. Die Mehrheit für die konservative Allianz in Ostdeutschland sei wohl eher als eine Mehrheit für die schnelle Vereinigung zu sehen, weniger als Votum für die Werte und die Politik der westdeutschen CDU. Es gebe ein starkes pazifistisches, neutralistisches und antinukleares Potential in Ostdeutschland, das beträchtliche Auswirkungen auf das Meinungsbild eines vereinigten Deutschland haben könne. Diese Auswirkungen könnten ein vereintes Deutschland sowohl weniger „westlich“ als auch weniger stabil werden lassen als die BRD. Im schlimmsten Fall könnten die Extreme an beiden Rändern des politischen Spektrums an Einfluß gewinnen und eine Rückkehr zu politischen Verhältnissen à la Weimar herbeiführen (was allerdings von niemandem für besonders wahrscheinlich gehalten wurde).

Wird ein vereintes Deutschland die Vorherrschaft über Osteuropa anstreben?

Naheliegenderweise wandte die Debatte sich nunmehr der mutmaßlichen Rolle und den Ambitionen eines vereinten Deutschland in Osteuropa zu. Weitgehende Übereinstimmung bestand darüber, daß Kanzler Kohls Umgang mit dem Problem der polnischen Grenze, besonders seine Bezugnahme auf die Notwendigkeit, die deutsche Minderheit in Schlesien zu schützen, die falschen Signale gegeben habe. Historische Ängste vor Deutschlands „Mission“ in Ost- und Mitteleuropa seien wiederbelebt worden. Auch einige Äußerungen Präsident von Weizsäcker hätten dazu beigetragen.

Aber die Tatsachen stimmten zuversichtlicher. Die deutschen Minderheiten in Osteuropa hätten zahlenmäßig stark abgenommen und die meisten ihrer Angehörigen hätten eher den Wunsch, sich innerhalb der Grenzen Deutschlands anzusiedeln, als daß die deutschen Grenzen sich auf sie zu bewegten. Die Deutschen selbst seien eher daran interessiert, die Minderheiten an Ort und Stelle zu belassen, als sie zur Rückkehr zu ermutigen. Dies gebe ihnen einen Anreiz zu substantiellen Hilfeleistungen an Osteuropa.

Es gebe keine Beweise dafür, daß Deutschland weitere Gebietsansprüche erheben werde, zumindest gelte dies für die absehbare Zukunft. Soweit es zu Grenzproblemen kommen könne, würden diese daraus erwachsen, daß die vergleichsweise wohlhabenden Deutschen bei den ärmeren Polen und Tschechoslowaken Land kaufen (wobei man vor Augen haben muß, daß die polnische Grenze nur 40 Autominuten von der mutmaßlichen Hauptstadt eines vereinten Deutschland entfernt wäre).

In breiterer Perspektive sei es in der Tat wahrscheinlich, daß Deutschland Ost- und Mitteleuropa wirtschaftlich dominieren werde. Das müsse aber nicht notwendigerweise Unterwerfung bedeuten. Auch bedeute es nicht, daß ein vereintes Deutschland mit wirtschaftlichen Mitteln das erreichen werde, was Hitler auf militärischem Wege nicht geschafft hatte. Unzweifelhaft gebe es immer noch Leute des Glaubens, Deutschland habe einen „zivilisatorischen Auftrag“ im Osten. Tatsache sei aber, daß das Drängen auf eine wirtschaftliche Präsenz Deutschlands ebenso von den Osteuropäern selbst wie von den Deutschen ausgeht. Sie wünschten und benötigten deutsche Hilfe und deutsche Investitionen; dies sei wahrscheinlich in der Tat der einzige Weg, Osteuropa wieder auf-

Dokumente zum Zeitgeschehen

zurichten und wiederzubeleben. („Nur eines ist schlimmer, als ausgebeutet zu werden: nämlich nicht ausgebeutet zu werden.“) Es erscheine in der Tat paradox, daß Osteuropa nach 1945 alles daran gesetzt habe, nie wieder von Deutschland abhängig zu werden, heute aber, nach 45 Jahren Kommunismus, abhängiger sei denn je zuvor. Es sei aber nichtsdestoweniger die Wahrheit. Vielleicht würden die Osteuropäer eine Präsenz der Briten oder Franzosen bevorzugen. Aber weder die einen noch die anderen seien in der Lage, angemessene Mittel bereitzustellen.

Welche Strukturen sollten wir für die Zukunft schaffen?

Angesichts der Tatsache, daß wir uns bald einem wesentlich größeren und stärkeren Deutschland gegenübersehen, müßten wir erörtern, welche Art europäischer Architektur am ehesten die gutartigen Auswirkungen fördern und die schädlichen Folgen vermindern könne.

Die Ost-West-Aspekte lösten die größten Sorgen aus. Die Deutschen zeigten die Tendenz, sich das Verdienst an der Vereinigung selbst zuzuschreiben. In Wirklichkeit habe man sich bei den Völkern Osteuropas und bei Herrn Gorbatschow zu bedanken. Denn sie seien es gewesen, die die Voraussetzungen schufen, unter denen eine Vereinigung möglich wurde. Für welche Lösungen wir uns auch entschieden - sei es in Bezug auf Deutschland oder auf die gegenwärtigen Probleme in Litauen -, stets müßten ihre Interessen und vor allem die Position Gorbatschows in Rechnung gestellt werden. Das berühre insbesondere die Sicherheitsvereinbarungen hinsichtlich des Territoriums der ehemaligen DDR in einem vereinten Deutschland. Wir könnten die russischen Truppen nicht einfach hinausdrängen.

Bis zu einem gewissen Grade entsprächen die sowjetischen und osteuropäischen Interessen denen Westeuropas. Wir wünschten, daß Deutschland in eine Sicherheitsstruktur eingebunden werde, die die besten Chancen biete, ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus zu verhindern. Wir wünschten eine andauernde militärische Präsenz Amerikas in Europa als ein Gegengewicht zur deutschen Macht. Wir wünschten Obergrenzen für die Größe der deutschen Streitkräfte, vorzugsweise im Rahmen eines neuen KSE-Abkommens selbstauferlegte Obergrenzen. Wir wünschten einen erneuerten deutschen Verzicht auf atomare und chemische Waffen. Wir wünschten die Sowjetunion institutionell einzubeziehen in Gespräche über die künftige europäische Sicherheit durch die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), nicht zuletzt deshalb, weil auf lange Sicht (und unter der Annahme einer anhaltenden Entwicklung in Richtung Demokratie) die Sowjetunion als einzige europäische Macht fähig wäre, ein Gegengewicht zu Deutschland zu bilden. (...)

Unterschiedliche Ansichten gab es über die Frage, wie ernst die Deutschen es meinen, wenn sie sagen, sie wollten parallel zu ihrer Vereinigung ein stärker integriertes Europa. Handelt es sich um bloße Taktik, um andere zu beruhigen? Oder um den echten Wunsch, den latenten nationalistischen Drall eines vereinten Deutschland etwas Umfassenderem unterzuordnen? Letzteres schien nicht ganz überzeugend angesichts der die deutsche Dominanz tendenziell begünstigenden Struktur der EG, besonders auf monetärem Gebiet. Dem wurde entgegengehalten, je anmaßender Deutschland würde, desto einfacher müsse es werden, innerhalb der Gemeinschaft Bündnisse gegen Deutschland in spezifischen Fragen zusammenzubringen.

Schlußfolgerungen

Zu welchem Ergebnis waren wir gelangt? Förmliche Schlußfolgerungen wurden nicht gezogen. Das Gewicht der Fakten und Argumente begünstigte jene, die dem Zusammenleben mit einem vereinten Deutschland zuversichtlich entgegensehen. Man erinnerte uns daran, daß 1945 unser Ziel ein vereintes Deutschland abzüglich seiner östlichen Provinzen aber unter demokratischer und nichtkommunistischer Regierung gewesen war, wobei die Staaten Osteuropas ihre eigenen Regierungen frei wählen können sollten. Wir hatten das 1945 nicht erreicht, es aber jetzt gewonnen. Statt uns aufzuregen, sollten wir uns darüber freuen. Wir wurden auch daran erinnert, daß englisch-deutsche Antagonismen seit dem Sturz Bismarcks schädlich für ganz Europa gewesen seien und daß ihr Wiederaufleben nicht zugelassen werden dürfe. Was Fehler und abträgliche Charaktereigenschaften angehe, so hätten die Deutschen gewiß überreichlich davon, aber im Unterschied zu früher seien sie heute weit eher bereit, dies selbst zu erkennen und zuzugeben.

Insgesamt war die Botschaft unmißverständlich: Wir sollten nett sein zu den Deutschen. Aber selbst die Optimisten waren nicht frei von Sorgen, weniger im Blick auf die Gegenwart und die nächste Zeit als vielmehr darauf, was eine entferntere, heute noch nicht absehbare Zukunft bringen könnte.

(Aus Platzgründen geringfügig gekürzt. D. Red.)